

Ökonomische Gesetze machen vor dem Klimawandel nicht halt

CHRISTIAN HOFFMANN

Die heutige Klimapolitik könnte teurer werden als der Klimawandel selbst, sagte Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker vom deutschen Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern anlässlich eines Gastreferats beim Liberalen Institut in Zürich.

«Be worried, be very worried», so betitelt das amerikanische «Time Magazine» im April 2006 eine Reportage zum weltweiten Klimawandel. Vom «tipping point» einer drohenden Weltzerstörung war darin die Rede, von enormen Gesundheitsrisiken für die Menschheit sowie der Notwendigkeit eines «Kreuzzugs» gegen die globale Erwärmung.

Die Emotionalisierung der öffentlichen Klimadiskussion steht in einem Spannungsverhältnis zur Komplexität und Dynamik der Materie. Politische Entscheidungsträger sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, eine sachliche und zuverlässige Basis für angemessene Reaktionen auf prognostizierte Veränderungen des Klimas zu finden. Wie Carl Christian von Weizsäcker bei seinem jüngsten Auftritt in Zürich eindrücklich schilderte, gelingt der Volkswirtschaftslehre dennoch nur in Ausnahmefällen eine Beeinflussung der politischen Agenda rund um den Klimawandel. Rationale ökonomische Kalkulationen und Analysen spielten bisher nur selten eine massgebliche Rolle.

Dabei ist besonders die Ökonomie gefragt, die Kosten eines möglichen Klimawandels ebenso zu beziffern wie die Kosten politischer Reaktionen. Einen Versuch hierzu unternahm 2006 der durch die britische Regierung in Auftrag gegebene Stern-Report. Der Autor kam darin auf Basis naturwissenschaftlicher und ökonomischer Prognosen zur Erkenntnis, dass die Folgekosten des Klimawandels um einen Faktor 10 über jenen seiner Vermeidung liegen würden. Die Kosten einer Vermeidungspolitik bezifferte der Stern-Report auf 1% des Weltsozialprodukts, womit der Preis einer in die Atmosphäre entlassenen Tonne CO₂ bei 35 EUR liegen sollte.

Weizsäcker wies darauf hin, dass eine Schätzung dieser Vermeidungskosten enormen Unsicherheiten unterliegt, da zahlreiche relevante Vermeidungstechnologien heute noch nicht ausgereift sind. Die Kosten einer CO₂-freien Energiegewinnung — wie beispielsweise erneuerbare Energieträger oder die «Clean Coal»-Technologie — seien ebenso unklar wie jene einer Energiesparpolitik oder einer Politik der CO₂-Kompensation, etwa durch gezielte Aufforstung. Letztere könnte durch Entwicklungen in der Gentechnologie bedeutende neue Impulse erhalten.

Der Referent führte weiter aus, dass die heutige Vermeidungspolitik, selbst unter den Annahmen des Stern-Reports, nicht dem Kriterium ökonomischer Rationalität genügt. Tatsächlich liegen die Kosten der in Europa und insbesondere in Deutschland praktizierten Politik deutlich über den genannten 35 EUR pro Tonne CO₂. Pro vermiedene Tonne CO₂ belaufen sich beispielsweise die Kosten der besonders intensiv geförderten Solarenergie aktuell auf 350 bis 700 EUR, und für die Windenergie ist mit 120 EUR zu rechnen. Damit liegen die Vermeidungskosten deutlich über den geschätzten Folgekosten eines Klimawandels.

Die Förderung der Biotreibstoffe ist nach Weizsäcker überhaupt nicht in der Lage, zur Vermeidung des Klimawandels beizutragen, da sie einen Nettomehrausstoss an Klimagasen zur Folge habe.

Weizsäcker plädierte deshalb dafür, die aktuelle Politik der Mengenbegrenzung der CO₂-Emissionen durch einen Ansatz zu ersetzen, der durch Marktinterventionen den Preis der Abgabe einer Tonne CO₂ im Bereich von 35 EUR stabilisiert. Nach dem Beispiel der Offenmarkttransaktionen einer Zentralbank könnte etwa ein eigens dafür eingerichteter Fonds CO₂-Zertifikate kaufen und verkaufen und so deren Preise beeinflussen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Klimapolitik keinen grösseren Schaden anrichtet als der Klimawandel selbst. Eine solche Politik würde dem Markt gezielte Anreize für die Entwicklung innovativer Ansätze des Klimaschutzes bieten und auch die notwendige Investitionssicherheit für die Entwicklung von effizienten Vermeidungstechnologien garantieren. Die derzeitige Mengenpolitik führt hingegen zu erheblichen Schwankungen der Vermeidungskosten häufig zu einer Erhöhung über die nach dem Stern-Report sinnvolle Grenze von 35 EUR pro Tonne CO₂ hinaus.

Ob jedoch die kühle Rationalität einer solchen ökonomischen Analyse tatsächlich Aussicht auf Berücksichtigung in der Klimapolitik hat, wagte auch Weizsäcker nicht zu prognostizieren. Allzu häufig entwickelt die Politik eine irrationale Eigendynamik — insbesondere, wenn das Problemfeld von so hoher Emotionalität geprägt ist wie der Klimawandel. Um das «Time Magazine» zu zitieren: «Be worried, be very worried.»

November 2008

